

## **Memorandum**

### **der Rektorinnen und Rektoren der nordrhein-westfälischen Universitäten zur weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses**

Zentrales Anliegen des Bologna-Prozesses – an dem mittlerweile 46 europäische Staaten beteiligt sind – ist die Verständigung auf einen einheitlichen europäischen Hochschulraum mit vergleichbaren und kompatibeln Ausbildungsstrukturen. Der Bologna-Prozess ist aber auch ein nationales Reformprojekt: Die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge ist nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die im internationalen Vergleich zu langen Studienzeiten und die hohen Abbruchquoten.

Die nordrhein-westfälischen Universitäten haben sich den gewaltigen Herausforderungen des Umstellungsprozesses gestellt und die neuen Studiengänge in den letzten Jahren erfolgreich eingerichtet. Erste empirische Ergebnisse und Umfragen zeigen sichtbare Erfolge wie die Verkürzung der Studiendauer oder die wachsende Akzeptanz der Absolventen am Arbeitsmarkt. Durch die in den letzten Jahren verbesserte Finanzsituation der Universitäten in Nordrhein-Westfalen auch durch die Erhebung von Studienbeiträgen und die großen laufenden Anstrengungen der Landesregierung im Bereich des Hochschulbaus haben sich auch die allgemeinen Studienbedingungen in nur wenigen Jahren in einem ersten Schritt bereits verbessert.

Trotz dieser ersten Erfolge verkennen die Universitäten nicht, dass die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge und die allgemeinen Studienbedingungen weiter verbessert werden müssen. Zu diesem Zweck wurde in den letzten Jahren an allen Standorten das Qualitätsmanagement im Bereich der Lehre erheblich ausgeweitet, um Fehlentwicklungen und Probleme frühzeitig zu erkennen und entsprechend reagieren zu können. Regelmäßige Evaluationen, ein umfassendes Berichtssystem sowie mit Finanzmitteln unterfütterte Zielvereinbarungen zur Verbesserung der Studienbedingungen sind Beispiele für wichtige und effektive Instrumente des Qualitätsmanagements. Die Studierenden sind hierbei auf allen Ebenen – von den einzelnen Fachbereichen über die Fakultäten bis zur Hochschulleitung – intensiv eingebunden und können mitgestalten.

Die von den Studierenden im Rahmen des Bildungsstreiks angesprochenen Probleme und möglichen Fehlentwicklungen bei den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen werden zur Zeit an den Universitäten intensiv diskutiert und analysiert. Auf dieser Basis werden die notwendigen Veränderungen in die Wege geleitet. Die Universitäten werden diesen Prozess noch stärker vorantreiben. Besonderes Augenmerk gilt dabei zunächst folgenden Fragestellungen:

- Ist der Studiengang stofflich überladen?
- Kann auf einzelne Prüfungselemente sowie auf Anwesenheitsverpflichtungen verzichtet werden, ohne das Gesamtqualifikationsziel zu beeinträchtigen?
- Ist eine den Zielen des Studienganges angemessene Vielfalt an Prüfungsformen gegeben?
- Ist der Praxisbezug gewährleistet?
- Ist die nationale und internationale Mobilität in angemessener Weise gewährleistet?

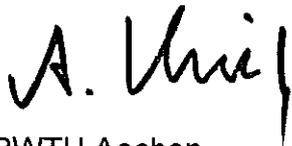
Ein besonders gravierendes Problem der deutschen Universitäten ist die in vielen Fächern im internationalen Vergleich schlechte Betreuungsrelation. Die Universitäten in Nordrhein-Westfalen nutzen daher ihre gewachsenen finanziellen Spielräume bereits jetzt für die Einstellung zusätzlichen Lehrpersonals und werden dies in Zukunft noch weiter verstärken.

Besonders wichtig – auch mit Blick auf die Versachlichung der Diskussion über die neuen Studiengänge – ist eine regelmäßige, kritische Überprüfung des Erreichten. Hierzu werden Befragungen der Studierenden über ihre Zufriedenheit mit den Studienbedingungen sowie der Absolventen mit Blick auf die Akzeptanz der Studiengänge auf dem Arbeitsmarkt und der Lehrenden durchgeführt. Die Universitäten verständigen sich darauf, diese Anstrengungen zu verstärken und regelmäßig über Maßnahmen, Veränderungen und Erreichtes öffentlich zu berichten.

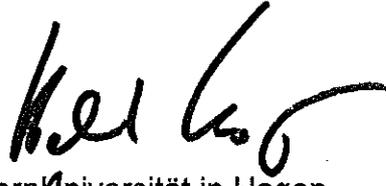
Die Universitäten vereinbaren in den nächsten beiden Jahren die Entwicklung des Bologna-Prozesses und der Studienbedingungen insbesondere mit Blick auf die Betreuungsrelation jeweils auf der Sitzung der Landesrektorenkonferenz am Semesterende zu behandeln und dabei Studierendenvertreter einzubeziehen.

Es wird eine umfassende Bestandsaufnahme des Status Quo erstellt, Probleme werden erörtert und das weitere Vorgehen wird verabredet. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme sowie die geplanten Maßnahmen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine erste Bilanz wird zum Ende des laufenden Wintersemesters gezogen.

Düsseldorf, den 26. November 2009



RWTH Aachen



FernUniversität in Hagen



Universität Bielefeld



Universität zu Köln



Ruhr-Universität Bochum



Deutsche Sporthochschule Köln



Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Westfälische Wilhelms-Universität Münster



Technische Universität Dortmund



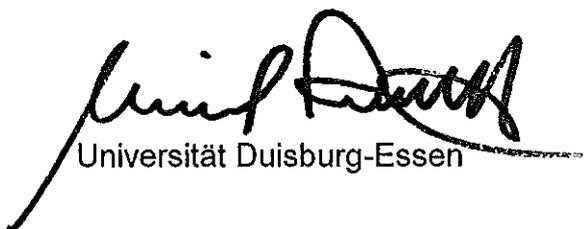
Universität Paderborn



Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



Universität Siegen



Universität Duisburg-Essen



Bergische Universität Wuppertal